

## **Umlaufbeschluss der Europaministerkonferenz**

**10. November 2010**

### **Nach Kopenhagen und vor Cancún: Die Rolle Europas in der Energie- und Klimapolitik**

#### **Beschluss**

1. Die Europaminister und -senatoren nehmen den Bericht zur EU-Energie- und Klimapolitik zur Kenntnis.
2. Die Europaminister und -senatoren begrüßen, dass die EU im Frühjahr 2011 eine Energiestrategie für 2011-2020 verabschieden will. Sie sprechen sich dafür aus, dass eine nachhaltige, das heißt eine dauerhaft sichere, wirtschaftliche und klimafreundliche Energieversorgung, das zentrale Ziel dieser Strategie sein soll. Eine solche Energiepolitik für Europa muss die Aspekte Klimaschutz, Versorgungssicherheit und Wettbewerbsfähigkeit unter frühzeitiger Einbeziehung auch des Aspekts der Akzeptanz bei den Bürgerinnen und Bürgern umfassen.
3. Die Europaminister und -senatoren unterstützen die Absicht der EU, im Frühjahr 2011 eine Strategie für eine kohlenstoffarme Wirtschaft bis 2050 vorzulegen. Sie begrüßen, dass die Europäische Kommission hierzu eine erneute Folgenabschätzung zur Weiterentwicklung der EU-Klimaschutzziele erstellen wird. Die Europaminister und -senatoren halten es für erforderlich, dass neue und weitergehende EU-Klimaschutzziele auf einer soliden Informations- und Datenbasis formuliert werden.
4. Angesichts des Scheiterns der UN-Konferenz in Kopenhagen 2009 betonen die Europaminister und -senatoren die Dringlichkeit während der Klimakonferenz in Cancún Fortschritte in der internationalen Klimapolitik zu erzielen, um das als notwendig international anerkannte Ziel, den weltweiten Temperaturanstieg auf weniger als 2°C im Vergleich zum vorindustriellen Niveau zu begrenzen, zu erreichen.
5. Die Europaminister- und Senatoren begrüßen und unterstützen die weiterhin aktive Rolle der EU bei den internationalen Klimaschutzverhandlungen. Zugleich mahnen sie jedoch an, dass hierbei eine faire europäische und internationale Lastenverteilung vereinbart wird, die eine einseitige Beeinträchtigung der Wettbewerbsfähigkeit einzelner Mitgliedstaaten verhindert.

6. Die Europaminister und -senatoren halten es für erforderlich, dass die Entwicklungsländer durch Technologie- und Wissenstransfer sowie entsprechende Finanzhilfen bei der Bewältigung des Klimawandels unterstützt werden. Sie fordern, dass sich andere Industrieländer ebenfalls an diesen Hilfen angemessen beteiligen.

### **Protokollerklärung Bremens**

Bremen stimmt dem EMK-Umlaufbeschluss „Nach Kopenhagen und vor Cancún: Die Rolle Europas in der Energie- und Klimapolitik“ mit folgenden Erklärungen zu Protokoll zu:

Zu Ziff.3

Der Satz *„Die Europaminister und -senatoren halten es für erforderlich, dass neue und weitergehende EU-Klimaschutzziele auf einer soliden Informations- und Datenbasis formuliert werden.“* wird von Bremen nicht mit getragen.

Begründung:

Eine Verschiebung der Entscheidung über weitergehende EU-Klimaschutzziele wäre ein falsches Signal für die Verhandlungen in Cancun und würde überdies bedeuten, dass die EU ihren Vorsprung im globalen Wettbewerb beim Übergang zu einer emissionsärmeren Wirtschaft einbüßt. Eine frühzeitige Entscheidung der EU erhöht zudem die Planungssicherheit für Investoren.

Zu Ziff. 4

Bremen hält folgende Ergänzung für nötig:

*„Sie unterstützen daher die Forderung der Umweltminister Deutschlands, Frankreichs und des Vereinigten Königreichs, das EU-Ziel der Reduktion der Treibhausgasemissionen bis 2020 (gegenüber 1990) auf 30 Prozent zu erhöhen, ohne dies vom Zustandekommen einer internationalen Vereinbarung abhängig zu machen.“*

Begründung:

Durch die einseitige Erhöhung des EU-Klimaziels auf 30 Prozent setzen die EU-Mitgliedstaaten frühzeitig verlässliche Rahmenbedingungen für eine ressourceneffiziente und nachhaltige Wirtschaft und schaffen damit einen Anreiz für mehr Innovationen. Dies stärkt die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft im internationalen Vergleich. Zudem lassen sich dadurch die Kosten der Unternehmen, die z. B. aufgrund von Energiepreisschwankungen entstehen, reduzieren.

Eine einseitige Erhöhung der Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emission auf 30 Prozent durch die EU ist zudem ein wichtiges politisches Signal für die weiteren internationalen Klimaverhandlungen. Sie erleichtert die Erreichung der im Kopenhagen-Akkord vereinbarten Begrenzung des weltweiten Temperaturanstiegs auf 2°C.